

Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung im Inland 2,00 RM.
einschl. Abgeltungssteuer monatlich
Gehaltsmonat 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einschl. 48 Pf. Postgebühren
(ohne Zustellungsgebühr). Kreuzentnahmen: Für die Woche 1,00 RM.

Einzelnummer 10 Pf. außerhalb Groß-Dresden 15 Pf.

Anzeigenpreise: Grundpreis: bis 1 späfige min-Zelle im Anzeigeteil 14 Pf., Stellengebühr und private
Familienanzeigen 6 Pf., die 29 min-Zelle im Anzeigeteil 1,10 RM.
Nachschlag nach Maßstab I oder Mengenmaßstab II. Briefgebühr für Anzeigenteile 30 Pf. ausländ. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig.

Postanschrift: Dresden-A.1. Postfach • Fernruf: Dresden • Ortsverkehr Sammelnummer 24001, Fernverkehr 27981-27983 • Teleg.: Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Diktioriastr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Postleitzahl: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsförderung haben unsre Deichtreher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 57

Montag, 8. März 1937

45. Jahrgang

Hochwasserfatastrophe in Ostafrika

Zurückbare Szenen in Portugiesisch-Ostafrika — 250 000 Besucher auf der Autoschau — Deutsche Ausstellung in Lyon

Zwischenfall in der Adria

Jugoslawien beschlagnahmt französischen Dampfer
× Belgrad, 8. März. (Durch Funksprach)

Die jugoslawischen Seebehörden haben in den jugoslawischen Hoheitsgewässern der Adria einen in Markele beheimaten französischen Dampfer beschlagnahmt, der dort seit einigen Tagen vor Kotor lag und entgegen der von jugoslawischen Ministerrat beschlossenen Nichtneutralschaftsbestimmungen jugoslawische Kommunisten am Bord nahm, um sie nach Spanien zu bringen.

Die französische Besatzung des Dampfers, einschließlich des Kapitäns, und etwa 100 schon an Bord befindliche jugoslawische Kommunisten wurden verhaftet. Unter ihnen befand sich auch der berühmte jugoslawische Kommunistenführer Peter Munk, nach dem die jugoslawischen Behörden seit Jahren gesucht haben. Der französische Dampfer soll noch weitere 200 jugoslawische Kommunisten annehmen und mit dem Ziel Spanien in See setzen.

Vizeadmiral de Graaff lehnt ab

× Den Haag, 8. März. (Durch Funksprach)

Der holländische Vizeadmiral de Graaff, der als Hauptverwalter für die Land- und Seekontrolle der Niederlande in den niederländischen Bürgerkrieg vorzeichen war, bat dem niederländischen Außenministerium mitgeteilt, daß er nicht bereit sei, diesen oder einen ähnlichen Posten anzunehmen.

Gegefecht in der Biscaya

Zwei bolschewistische Kriegsschiffe versenkt

× Paris, 8. März

Auf der Höhe der Baskone, in der Biscaya, ist es am Sonnabend zu dem ersten größeren Gegefecht zwischen den nationalen und den bolschewistischen Schiffen gekommen. Bisher hatten die Bolschewisten den östlichen Kampf auf dem Meer zu vermeiden gesucht. Wie gutem Grund, denn als jetzt die drei bolschewistischen Kreuzerflotte „Julié Luis Diaz“, „Tremontana“ und „Navarra“ auf den nationalen spanischen Kreuzer „Canarias“ und das Torpedoboot „Belasco“ liefen, wurden in dem Gefecht „Tremontana“ und „Navarra“ zusammengeholt und gingen unter, während das Torpedoboot „Julié Luis Diaz“ schwer beschädigt in einen französischen Hafen an der Girondemündung eingeladen ist.

Englische Wirtschaftsverhandlungen mit Franco

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 8. März

Der englische Botschafter für Spanien, der zur Zeit seinen Amtssitz in dem spanisch-französischen Grenzort Hendaye hat, hat jetzt die von General Franco angekündigte Note wegen der französischen Machthaber in Maroko erhalten. Die Note wird im Laufe des heutigen Tages in London eintreffen. In englischen offiziellen Kreisen behauptet man, daß die unlängst vom Radikalen Salamanca gemachten Angaben, die jetzt in der Note offiziell wiederholt werden, unbegründet seien.

Während man sich diplomatisch aufs hohe Roh setzt, so man aber in Fragen, die den Geldbeutel angehen, nüchterner und wirtschaftsnaher. Der englische Handel mit den von General Franco beherrschten Gebieten Spaniens stellt jährlich einen unglaublichen Wert von 15 Millionen Pfund dar. Natürlich ist durch den Bürgerkrieg dieser Handel stark zurückgegangen, aber noch immer recht beträchtlich. Dies und andre materielle Fragen haben die englische Regierung nun veranlaßt, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet mit der „Verwaltung von Burgos“ — „Regierung“ möglicherweise aus übertriebenem Formalismus nicht zu sagen — Wirtschaftsverhandlungen einzuleiten. Der Handelsausschß der englischen Board of Trade befindet sich zur Zeit in Burgos, um diese Verhandlungen zu führen.

Man legt in England Wert darauf, zu betonen, daß diese Verhandlungen weder eine rechtliche Anerkennung der Burgosregierung bedeuten, noch eine solche einleiten sollen. Es handele sich nicht eigentlich um eigene Verhandlungen, sondern nur um zwangsläufige „Sprechungen“.

3000 Todesopfer

Plantagen meilenweit verwüstet — Farmer ernähren sich von toten Ratten und Aasen

Sonderberichterstattung der Dresdner Neuesten Nachrichten

× Vornenzo Marques (Portugiesisch-Ostafrika), 8. März. (Durch United Press)

In den letzten Tagen wurde Portugiesisch-Ostafrika von einer Überschwemmungskatastrophe heimgesucht, die Tausende von Menschen das Leben kostet und unzählige Sachschäden angerichtet hat. Neben die Einzelheiten und Auswirkungen der verheerenden Überschwemmungen treten erst jetzt nach Wiederaufstellung der Post- und Telegraphenverbindung nähere Nachrichten ein. Durch Regenfälle, wie sie nur in den Tropen in solcher Häßlichkeit vorkommen, angeschwollen, wälzten sich die Flutwellen des Amazonas und Umbilikumass mit unheimlicher Geschwindigkeit durch die fruchtbaren Landstriche und vernichteten auf milleinheiten Strecken wertvolle Plantagen und Eingeborenenäder. Tausende von Eingeborenen und auch viele Farmer landen den Tod. Eine vorläufige Schätzung der Hochwasseropfer nennt eine Zahl von mindestens 3000 Menschen.

Vier Tage lang kämpften sich Flutboote und Schlepper mit schwerster Matschentlastung gegen die tosenden Flüsse stromaufwärts, um Farmer und Eingeborene zu retten. Vielzahl stand in der Stadt errichtet, um das Wasser von der Innenstadt abzuhalten.

ansammernd, oft aber hatte der Strudel der entflohenen Elemente die Häuser bereits erfaßt und mit samt den Bewohnern verschlungen. Die Zeitungsmannschaften erzählten grausige Geschichten von Hunderten von Stromabwärts schwimmenden Regenleibern, die von den Kräudern zertrümmert wurden.

Pastagiere, die das Überflutungsgebiet im Flusszug überquerten, berichteten, daß das ganze Uferland ein reicher Sumpf gleicht. Das reiche Bananenzentrum von Manhica, das jährlich große Mengen von Bananen nach Johannesburg und nach England lieferte, ist in eine schamlose Wüste verwandelt. Von den Eingeborenen, die auf den Plantagen arbeiteten, hatten sich viele an höher gelegene Orte geflüchtet und verbrachten hier viele Tage ohne andre Nahrungsmitte als entrupene Ratten und Aasen.

Der Gouvernement von Portugiesisch-Ostafrika kündigte, daß auch die Stadt Vornenzo Marques von der Verbündung mit der Sozialistischen Union abschaffen werden könnte. Es hat Anordnungen getroffen, um die vorhandenen Lebensmittel zu rationieren. Baracken aus Sandbäcken wurden in der Stadt errichtet, um das Wasser von der Innenstadt abzuhalten.

Englands Spiel in Brüssel

Die Zukunft der belgisch-englischen Zusammenarbeit — Belgien wünscht strikte Neutralität

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 8. März

diese Vorbereitungen auf. Es besteht aber Grund zur Annahme, daß England inobediente

eine engere Verbindung der Unionsstaaten der beiden Länder

wünscht. Auch würde England es nicht ungern sehen, daß seine Luftroute in Belgien bestimmte „Freileichterungen“ geboten würden. (Neue Flugplätze usw.) Diese englischen Wünsche stehen aber nicht nur im Widerstreit mit der von König Leopold vertretenen Neutralitätspolitik, sondern auch mit den dringenden belgischen Wünschen, seine Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag so bald als möglich beendet zu sehen. Man weiß in England — und das läßt auch der heutige „Times“-Bericht deutlich erkennen, daß die gegenwärtige provisorische Regelung nicht als für die Dauer möglich ist.

England will die Stellung eines „nichtverbündeten“, rein neutralen Staates einzunehmen, wie Holland oder die skandinavischen Länder.

Belgien will ferner nicht mit dem französischen Bündnisystem in Zusammenhang gebracht zu werden, denn Belgien möchte auf keinen Fall in einen deutsch-französischen Krieg, dessen Ursprung dank dem russischen Volk in Mittel- oder Osteuropa liege, erneut zum Schlachtfeld werden. Belgien legt, wie der englische Korrespondent mitteilt, Wert darauf, über seine Bevorzugung der Neutralität hinaus Unabhängigkeitsgarantien von England, Frankreich und Deutschland zu erhalten.

Man weiß vor allen Dingen, daß das deutsche An-

gebot geprüft wird, um festzustellen, ob Deutschland seine Haltung an dem Weltkrieg so weit entwickelt habe, daß es bereit sei, einen neuen Vertrag innerhalb des Rahmens der Völkerbundbestimmungen abzuschließen.

Die im vergangenen Jahre von Belgien eingeschlossene Verpflichtung, England und Frankreich gegenüber ebenso zu Hilfe zu eilen, wie dies England und Frankreich Belgien gegenüber tun würden, ist in England materiell, wie sehr hoch bewertet worden. Daß man großen Wert auf die damals vereinbarten und inzwischen auch staatshabenden Generalabstimmungen legt.

Diese Höchung unter den Generalitäten möchte man in England gerne auch im Rahmen der neuen belgischen Neutralitätspolitik aufrechterhalten.

Man weiß darauf hin — insbesondere von dies heutigen Verhandlungen —, daß die von Belgien gewünschte englisch-französische Garantie ohne Generalabstimmungen „leinen rechten Wert“ habe. Damit England und Frankreich Belgien notwithstanding zu Hilfe eilen, müßten irgendwelche Vorbereitungen getroffen werden. Die „Times“ lassen sich nicht näher über

Neue Flamengpartei in Belgien

× Brüssel, 8. März

Am Sonntag stand in Brüssel die Gründungsversammlung der „Katholische Flamme Volkspartei“ (KVB) statt. Damit haben die flämischen Katholiken, die bisher mit den Wallonen zusammen eine Partei, die „Katholische Union“, gebildet hatten, sich partei-politisch selbstständig gemacht. Zum Vorsitzenden der neuen Partei wurde Senator Verbiest gewählt.

In der Kammer verfügt die neue flämische Partei über etwa 40 Sitze. Sie ist damit die zweitstärkste parlamentarische Gruppe geworden.

Blums Rüstungsanleihe

Kammeraussprache am Dienstag — Hafen von Bordeaux durch Seemannskrieg lahmgelegt

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 8. März

Das große Finanzprogramm Léon Blums ist auf Schwierigkeiten gestoßen. Nicht etwa, daß die Parteien (abgesehen von den Kommunisten) oder die Regierung ihre Zustimmung verloren hätten. Am Gegen teil. Wohl noch nie in seiner Ministerlaufbahn hat Léon Blum soviel Lob und Beifall namentlich auch bei der Opposition gefunden. Sondern deshalb, weil einige der geplanten Maßnahmen gegen die bestehenden Gewerbe notwendig sind, damit

die neue Anleihe für die nationale Verteidigung die Wertständigkeitsgarantie in Form einer gleichzeitigen Abschreibung auf Grauen-, Pfund- und Dollarwährung erhalten kann. Die Anleihe wird also noch nicht gleich morgen ausgegeben werden. Es wird wohl darüber noch Mittwoch werden. Am Dienstag nach, nämlich noch einmal, das Parlament zusammenzutreten, um ein besonderes Auflösungsrecht mit Einschluß der Wertständigkeitsschulden anzunehmen. Wahrscheinlich wird die Vorlage ziemlich rasch verabschiedet werden.

Allerdings scheinen die Kommunisten nicht viel Lust zu haben, einen Vorstoß gegen Léon Blum wegen seines Konsolidierungs zu machen.

Vor der Reichsdoppelheit dürften wohl Alain und René Mandel dem Ministerpräsidenten einige unangenehme Minuten in der Kammerdebatte bereiten. Ja leicht aus den Reihen der radikalsozialen Partei mögen einige Worte fallen, die nicht in das bisherige „Alma“ der Volksfront hineinpassen. Die radikale „Grenouille“ sieht sich nämlich nicht, heute festzustellen, daß die ganze bisherige Finanzpolitik Léon Blums nicht nur angegeben, sondern ganz vernichtet sei. Die Regierung habe dies selbst eingestanden, sobald sie als Garantie für die neue Politik ein Triumvirat eingesetzt habe aus kapitalistischen liberalen Nachverbindigen, die niemals der Volksfront angehört hätten. Die sozialen Lage hat sich im übrigen über das Wochenende außerordentlich verschärft.

Im Hafen von Bordeaux ist ein Streit der Seelente ausgetragen, um die Einführung der Wertschätzungen durchzuführen. Der Streit wurde von den Sirenen und Schiffsgeulen der im Hafen liegenden Schiffe angesetzt. Sämtliche Schiffe des öffentlichen Dienstes nahmen am Streit teil. Ein großes Dampfschiff im Hafen ist von den Streitenden verdeckt worden. Am Sonnabendabend haben die streitenden Matrosen und Doktorarbeiter sämtliche Schlepptreppen

ein Sperrtor quer durch den Flußlauf der Gironde gebaut. Der Passagierdampfer „Massilia“, der aus Südamerika einlief, mußte vor der Sperrteile hafthalten und konnte erst am Sonntagvormittag in den Hafen eingeschleift werden. Gleichzeitig kommt von den Werken bei Vorient die Nachricht, daß der neue leichte französische Kreuzer „Montcalm“ nicht zu seiner Probefahrt auslaufen sollte. Die am Donnerstag teilnehmenden Montenegrin forderte pünktlich eine Erhöhung der Probefahrtroute. Der Kreuzer, der schon Lebensmittel und Betriebsstoff an Bord genommen hatte, konnte nicht auslaufen.

USA wollen Frankreich kein Geld geben

× New York, 8. März. (Durch Funksprach)

Aus Washington meldet New York Herald Tribune, daß der Verlust der französischen Regierung eine sogenannte „Verteidigungsanleihe“ in den Vereinigten Staaten in Höhe von 500 Millionen Dollar aufzulegen, auf Schwierigkeiten habe. Kongress und Senat hätten sich dagegen entschieden. In Kongresskreisen wird auch angekommen, daß Finanzminister Morgenthau diesen Anleiheversuch unterbinden werde.

Sprengstoffanschlag auf polnisches Gefängnis

× Katowitz, 8. März. (Durch Funksprach)

In der Nacht zum Sonntag wurde auf das Gefängnisgebäude in Katowitz ein Sprengstoffanschlag verübt. Durch eine starke Sprengstoffladung wurde das Tor des Gefängnisgebäudes zerstört. Zahlreiche Häftlinge wurden verletzt, der Sachschaden ist erheblich. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen Anschlag von Kommunisten handelt.